

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

10.1.1928 (No. 8)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. u. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wirtschaftsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die neuen Sicherheitsverhandlungen

Wenig Aussicht auf Annahme der amerikanischen Vorschläge
M. Berlin, 10. Jan. (Priv.-Tel.) Während die aus Washington kommenden Nachrichten optimistisch klingen, scheinen sich nach Meldungen aus Paris erhebliche Schwierigkeiten sowohl bei der Neufassung des amerikanisch-französischen Schiedsvertrages wie in der Frage der Ausdehnung des Pakts auf alle Mächte eingestellt zu haben. Nicht nur Frankreich, sondern auch England weist jetzt auf seine europäischen Bindungen hin. Briand hatte gestern eine Unterredung mit dem englischen Botschafter in Paris, Lord Crewe. „Petit Parisien“ meldet dazu, England befinde sich angesichts der Anregung Kelloggs, ganz allgemein und vorbehaltlos auf jeden Krieg zu verzichten, in genau der gleichen Lage wie Frankreich, es könne gleichfalls seine Bindungen und Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund nicht befestigen und ebensowenig die Verpflichtungen aus dem Abkommen von Locarno. Die Vereinigten Staaten bestehen sozusagen darauf, daß Frankreich seine Verpflichtungen dem Völkerbund gegenüber löse. Unter diesen Umständen sei auf kein Ergebnis der Verhandlungen zu rechnen. Der englische Botschafter habe gleichfalls darüber keinen Zweifel gelassen, daß England in der gleichen Lage sei wie Frankreich, es könne den Locarnovertrag nicht weiter garantieren, wenn es den amerikanischen Wünschen sich füge.

Ein englischer Sicherheitsvorschlag

W. London, 10. Jan. (Tel.) Der Genfer Korrespondent der „Westminster Gazette“ meldet, das britische Foreign Office habe das Völkerbundsekretariat benachrichtigt, daß es ihm binnen kurzem einen vollständigen Plan betr. die Sicherheitsfrage unterbreiten werde. Dieser Note werde mit großer Spannung entgegengeesehen.

Ein Autounfall mit politischen Folgen

W. New York, 10. Jan. (Tel.) Am Samstag wurde ein 12jähriges Mädchen von einem Auto angefahren und schwer verletzt, das von dem 14jährigen Sohn des britischen Botschafters Sir Esme Howard gelenkt wurde. Der Fall hat Aufsehen erregt, da das geschädigte Kind für das Führen eines Autos 16 Jahre ist. Im Senat brachte Senator Nease die Angelegenheit zur Sprache und protestierte dagegen, daß der Botschafter für seinen Sohn die diplomatische Immunität beansprucht habe. Er sagte, die Regierung sollte wieder die Truppen aus Nicaragua zurückziehen, wo sie nichts zu suchen hätten und das Leben der amerikanischen Kinder schützen.

Der argentinische Außenminister an Dr. Stresemann. Der argentinische Außenminister Gallardo richtete vor dem Verlassen des deutschen Bodens an Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein Telegramm, in welchem er seine tiefgeföhlte Dankbarkeit zum Ausdruck brachte für alle Beweise der Zuneigung, die ihm während seines allzu kurzen Aufenthaltes in Deutschland zu teil geworden seien. Er bat, auch dem Herrn Reichspräsidenten den Ausdruck seiner Dankbarkeit zu übermitteln.

Frh. v. Maltzan der Deutschen Volkspartei beigetreten. Der frühere Vorsitzende der Fraktionsgemeinschaft im preussischen Staatsrat, Frh. v. Maltzan, der der Deutschnationalen Volkspartei angehörte, ist laut „Täglicher Rundschau“ der Deutschen Volkspartei als Mitglied beigetreten.

Waffenverbot in der Schweiz. Der neue Chaplinfilm „Chaplin als Soldat“, in dem der frühere Kaiser, der Kronprinz und die deutsche Armee karikiert werden, ist vom schweizerischen Bundesrat für die gesamte Schweiz verboten worden.

Die geplanten polnisch-litauischen Verhandlungen. Wie „Jeglonia Wiczogaz“ erfährt, wird Polen der litauischen Regierung in allerhöchster Zeit Vorschläge über Ort, Zeit und Gegenstand der geplanten polnisch-litauischen Verhandlungen zugehen lassen.

Geplanter Luftschiffverkehr London—New York. „Westminster Gazette“ zufolge besteht die Absicht, eine englisch-amerikanische Gesellschaft mit einem Kapital von 5 Millionen Pfund Sterling zu gründen, die den Luftverkehr London—New York betreiben werde, der nach der im Juli erwarteten Fertigstellung des Luftschiffes R 100 aufgenommen werden soll.

Das pfälzische Zentrum und das Regensburger Abkommen. Die Vertreter der pfälzischen Zentrumspartei trafen am Sonntag in Neustadt a. d. S. zum 4. Parteitag zusammen. Der wichtigste Punkt war die Stellungnahme zu den Regensburger Vereinbarungen zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei. Es wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der das pfälzische Zentrum erklärte, es bedauere, daß bei den Vereinbarungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum die Mindestforderungen der pfälzischen Zentrumspartei nicht angenommen werden konnten. Das pfälzische Zentrum sei aber gewillt, an der lokalen Durchführung der Regensburger Vereinbarungen mitzuwirken in der Annahme, daß die Entwicklung dahin führen werde, daß recht bald die deutschen Katholiken in der deutschen Zentrumspartei vereinigt werden.

Der König von Afghanistan in Rom. Der König von Afghanistan mit seiner Gemahlin und dem Kronprinzen ist Samstag nachmittag in Rom eingetroffen und vom König, dem Thronfolger, Mussolini, den Ministern und den Spitzen der zivilen und militärischen Behörden empfangen worden.

Letzte Nachrichten

Um das Reichsschulgesetz

M. Berlin, 10. Jan. (Priv.-Tel.) In Kreisen der Regierungsparteien werden die gestrigen Vorkessprechungen zum Schulgesetz günstig beurteilt und erklärt, man sei sich in entscheidenden Fragen erheblich näher gekommen. Heute nachmittag tritt der sogenannte kleine interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien aufs neue zusammen, und es wird erklärt, man hoffe, wenigstens in einer Reihe von Punkten zu einem Ergebnis zu gelangen.

Vor allem handelt es sich um die Frage der Schulaufsicht des Religionsunterrichts. Hierzu hatte auf dem Landesparteitag des pfälzischen Zentrums der Abgeordnete von Guérard erklärt, die Zentrumsfraktion werde von ihrer Forderung nach kirchlicher Beaufsichtigung des Religionsunterrichts nicht abgehen, selbst wenn daran die Koalition zerbräche. Von der Deutschen Volkspartei liegt demgegenüber eine parteioffizielle Erklärung vor, daß die Partei in diesem Punkte nicht nachgeben werde und wolle. Das Reichsministerium des Innern beabsichtigt einen Vermittlungsvorschlag zu machen, und besonders die Deutschnationalen bemühen sich um einen Ausgleich. In der Frage der Simultanschule in Baden und Hessen, worüber gestern verhandelt wurde, scheinen keine Fortschritte erzielt. Hier handelt es sich um die Zeitdauer der Simultanschule in den beiden Ländern. Doch spricht man in Kreisen der Regierungsparteien die Hoffnung aus, auch darüber sich zu einigen. Außerordentlich schwierig ist die Frage der Kosten. Hier wird in einer Reihe von Blättern, die zur Regierungskoalition gehören, gefagt, daß dieses Problem zwischen Reichstag und Reichsrat ausgetragen werden müsse.

Vermehrte Sachlieferungen an Frankreich

M. Berlin, 10. Jan. (Priv.-Tel.) Das französische Budget von 1928 hatte 100 Millionen Franken für die deutschen Sachlieferungen eingestellt. Wie jetzt aus Paris gemeldet wird, ist auf Antrag des Arbeitsministers dieser Posten um 600 Millionen erhöht worden, und zwar um 500 Millionen für den Ausbau französischer Häfen und um 100 Millionen zur Verbesserung der Wasserstraßen in Frankreich.

Ein Landesverratsprozeß vor dem Reichsgericht

W. Leipzig, 10. Jan. (Tel.) Vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichtes begann heute ein größerer Landesverratsprozeß. Es haben sich wegen Landesverrats, versuchter Spionage, Verrats militärischer Geheimnisse, Untreuebefähigung und Meineide der 48 Jahre alte Landwirt Johann Schreck, der 59 Jahre alte Kaufmann Karl Koch und der 29 Jahre alte Schlosser Gerhard Schulz, sämtlich aus Berlin, zu verantworten. Schreck wird zur Last gelegt, im Jahre 1925 vorzüglich Schriften, Akten und Dokumente angefertigt und gefälscht zu haben in der Absicht, sie einer fremden Macht auszuliefern. Desgleichen wird er beschuldigt, Nachrichten, die im Interesse des Reiches geheim zu halten waren, an Polen ausgeliefert zu haben. Koch, der ein Gehilfe von Schreck war, wird beschuldigt, durch drei selbständige Handlungen im Juli 1925 im Interesse des Reiches geheim zu haltende Akten und Schriften dem französischen Nachrichtendienst übermitteln zu haben. Der Prozeß wird mehrere Wochen dauern.

Die Kabinettsbildung in Lettland

W. Riga, 10. Jan. (Tel.) Die lettlandische Telegraphenagentur teilt mit: Die Verhandlungen des Führers des demokratischen Zentrums haben eine prinzipielle Einigung über das Programm einer bürgerlichen Koalitionsregierung ergeben, dagegen verurteilt die Personenfrage beträchtliche Schwierigkeiten. Es ist möglich, daß auch der Vertreter der Deutsch-Balten ein Portefeuille erhält. Von den Blättern gebrachte Mutmaßungen über die Zusammenfassung der neuen Regierung sind nichts als Kombinationen.

Die Krise in der englischen Baumwollindustrie

W. London, 10. Jan. (Tel.) „Daily Telegraph“ meldet aus Manchester, die Vereinigung der Arbeitgeber in der Baumwollindustrie habe mit Rücksicht auf die Lage der Industrie beschloffen, den Arbeitern in einer gemeinsamen Konferenz vorzuschlagen, die Arbeitswoche von 48 auf 52 1/2 Stunden zu erhöhen und die gegenwärtigen Standardlöhne um 25 Proz. herabzusetzen. Nach Ansicht der Arbeitgeber bedeutet dies nur eine 12 1/2-prozentige Lohnverminderung, da die längere Arbeitswoche den Unterschied in der Bezahlung so gut wie ausgleichen würde.

Deutscher Antrag vor dem Haager Schiedsgericht. Zu einer Meldung, wonach eine neue deutsche Klage gegen Polen vor dem Haager Schiedsgericht eingereicht sei, wird aus Berlin mitgeteilt, es handle sich darum, nun zur Klärung der Auslegung des bekannten Kompromisses in der obereschlesischen Schulstreitfrage das Haager Schiedsgericht anzurufen. Es sei also nicht ein neuer Streitfall.

Besitzverteilung und Betriebsgrößenklassen der badischen Landwirtschaft

Wie dem vom Badischen Statistischen Landesamt im Sommer 1927 herausgegebenen grundlegenden Werk über „Die badische Landwirtschaft“ zu entnehmen ist, ist Baden das typische Land des bäuerlichen Klein- und Mittelbesitzes. Von den 2,3 Millionen Einwohnern sind rund 760 000 Personen Grundeigentümer, das sind nahezu ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Scheidet man die Städte mit über 10 000 Einwohnern aus, so verbleiben immer noch 700 761 Grundeigentümer. Das Ideal der Boden- und Sozialreformer, wonach eine möglichst große Zahl von Personen Anteil an Grund und Boden haben sollen, ist also in Baden erreicht; wenigstens auf dem Lande besitzt fast jede Familie ein, wenn auch noch so kleines Grundstück.

Der größte Grundbesitzer ist der Staat, dessen Eigentum 120 031 ha beträgt, darunter 99 870 ha Wald und 20 161 ha landwirtschaftliche Fläche. Der Staatsbesitz liegt hauptsächlich im Schwarzwald, in der unteren und mittleren Rheinebene. Von der landwirtschaftlichen Fläche sind 39 124 ha in Selbstbewirtschaftung (Wiesen, Forst- und Streuland, Rebbesitz in Meersburg und Sogast Scheibenhart), 15 276 ha sind verpachtet; der Rest ist ertragslose Fläche. Von der verpachteten Fläche entfallen 11 647 ha auf Pargellen und 3629 ha auf Hofgüter.

Nächst dem Staat sind zahlreiche Gemeinden reich begütert. Sie verfügen zusammen über einen Grundbesitz von 331 500 ha, davon sind ungefähr 70 500 ha landwirtschaftliche Fläche und 261 000 ha Wald; nahezu zwei Drittel des Gemeindebesitzes entfallen auf die Rheinebene und den angrenzenden Schwarzwald.

Gegenüber dem Besitz der Gemeinden und des Staates ist der der Kirche geringfügig; er beträgt im ganzen nur 25 904 ha und besteht zu einem Drittel aus Wald. Noch weniger ausgedehnt als der Besitz der Kirche ist der Besitz der Stiftungen (Spitäler usw.), der ungefähr 20 700 ha umfaßt und in 8700 ha landwirtschaftliche Fläche und 12 000 ha Wald zerfällt. Die Kirche ist hauptsächlich im nördlichen Teil, die Stiftungen sind im südlichen Teil des Landes begütert.

Der private Großgrundbesitz in Baden deckt sich ungefähr mit dem Eigentum der ehemaligen Grund- und Standesherrn und des ehemaligen großherzoglichen Hauses und beläuft sich etwa auf 95 000 ha, wovon über 62 000 ha Wald sind. Der Grund- und standesherrliche Besitz liegt zu vier Fünfteln im nördlichen und südlichen Sügelland; die meisten Güter befinden sich in den Amtsbezirken Sinsheim (8), Adelsheim (7) und Wertheim (6). Bringt man von der Kulturfläche des Landes (rund 1 400 000 ha) den Besitz der Gemeinden, des Staates, der Kirchen, Stiftungen usw. in Abzug, so verbleiben immer noch zwei Drittel der land- und forstwirtschaftlich benutzten Fläche des Landes als bäuerlicher Besitz.

Ein noch günstigeres Bild gibt die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1925, nach deren Ergebnissen im Landesdurchschnitt sogar 86,4 v. H. der Fläche aller landwirtschaftlichen Betriebe eigenes Land der Betriebsinhaber sind. Der badische Bauer ist also nicht Pächter, nicht Verwalter, nicht Tagelöhner, sondern selbständiger Eigentümer seiner kleinen Scholle. Die in anderen Ländern beobachtete Erscheinung, daß sich größere Erwerbsgesellschaften oder Kriegsgewinnler aus Spekulations- oder sonstigen Gründen in den Besitz von Grund und Boden gesetzt hätten, ist in Baden so gut wie gar nicht festzustellen. Lediglich an der Südgrenze des Landes haben einige wenige Ausländer (Schweizer) während der Inflation Grundeigentum erworben.

Auch innerhalb des Landes ist die Besitzverteilung im allgemeinen günstig, wie in einer ausführlichen Übersicht des näheren dargelegt wird. Nahezu ganz unabhängig ist der Schwarzwaldbauer. Im Gegensatz zum Schwarzwald umfaßt das Eigenland in Teilen der Rheinebene sowie des Pfing- und Kraichgaus in den Betrieben wenig mehr als die Hälfte oder zwei Drittel der bewirtschafteten Fläche. Im Amtsbezirk Mannheim beeinflusst der Domänen-, teilweise auch der grundherrliche Besitz, den Anteil des Eigenlandes ausschlaggebend, im Amtsbezirk Sinsheim fast ausschließlich der grundherrliche, während im Amtsbezirk Rehl der Gemeindebesitz (die Allmende)

eine außerordentlich große Rolle spielt und auch der Staatsbesitz nicht unbedeutend ist. Immerhin ist auch in diesen Bezirken die Besitzverteilung nach der sozialen Seite hin in keiner Weise bedenklich.

Wenn in den Betrieben das Eigenland nicht ausreicht oder ganz fehlt, wird in der Regel zugepachtet. Im Landesdurchschnitt ist ungefähr ein Zehntel der Fläche (10,6 v. H.) der landwirtschaftlichen Betriebe Pachtland. Die Pachtfläche ist also unbedeutend im Verhältnis zur Gesamtfläche. Von sämtlichen Betrieben bewirtschaften nur 19 329 (7,6 v. H.) ausschließlich Pachtland, davon sind 18 141 kleiner als 2 ha. Unter diesen kleinsten Pächtern befinden sich viele junge Landwirte, die sich selbständig machen wollen. Der größte Teil der Pachtfläche entfällt auf Zupacht der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe (2-20 ha). Es gibt deshalb in Baden im Gegensatz zu anderen deutschen Ländern keinen eigentlichen Pächterstand.

Neben dem Pachtland kommt der Allmende als Ergänzung der Wirtschaftsflächen und namentlich auch in sozialer Hinsicht als Altersversorgung zahlreicher Familien große Bedeutung zu. Nach einer Sondererhebung vom Jahre 1923 ist in vier Fünfteln aller Gemeinden aufgeteilte Allmende vorhanden. Rund 57 000 Betriebe, also mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl des Landes, haben Anteil am Allmendland; ungefähr 5000 Betriebe (davon 4900 unter 2 ha Fläche) bewirtschaften ausschließlich aufgeteilte Allmende. Über 89 000 Personen, darunter gegen 20 000 Bürgerwitwen, befinden sich im Allmendgenuss. Die Gesamtfläche der aufgeteilten Allmende beträgt für das Land im ganzen über 38 700 ha. Davon sind 22 900 ha Ackerland, 14 200 ha Wiesen, 500 ha Nebland; der Rest ist Streuland, Odland usw. Innerhalb des Landes findet sich die Allmende vorwiegend in der unteren und mittleren Rheinebene und auf der Baar (Teile der Donaugegend). Im Amtsbezirk Karlsruhe umfaßt sie 3819 ha, im Bezirk Donaueschingen 3415 ha, im Bezirk Bruchsal 3020 ha usw. Die Bedeutung der Allmende für die Genußberechtigten erhellt daraus, daß in 373 Gemeinden das Los 25 a übersteigt; und zwar schwankt der Anteil der Genußberechtigten in 182 Gemeinden zwischen 25 und 50 a, in 156 Gemeinden zwischen 50 und 100 a, in 35 Gemeinden ist er 1 und mehr Hektar groß. Die Allmende ruht entweder auf dem Bürgerrecht oder auf Hausbesitz.

Die unaufgeteilte Allmende umfaßt ungefähr 12 300 ha Land und verteilt sich auf 272 Gemeinden. Mehr als die Hälfte dieser Allmende entfällt auf den Bezirk Schopfheim. Nach der Kulturart überwiegt das Weideland; nur ein Fünftel ist Ackerland. Die unaufgeteilte Allmende ist teilweise von der Gemeinde verpachtet, teilweise dient sie zum gemeinsamen Weidewirtschaften oder wird von der Gemeinde selbst bewirtschaftet und der Ertrag verbraucht oder verteilt.

Baden ist nicht allein das typische Land des Kleinbesitzes, sondern auch des Kleinbetriebes. Von den im Jahre 1925 ermittelten 254 938 landwirtschaftlichen Betrieben wurde eine Fläche von 956 649 ha bewirtschaftet. Im Durchschnitt des Landes entfallen also auf einen Betrieb 3,8 ha, dagegen in Württemberg 4,6 ha, in Bayern 8,6 ha, in Mecklenburg-Schwerin sogar 12,2 ha. In den einzelnen Landesteilen sind die Betriebsverhältnisse naturgemäß außerordentlich verschieden. Wie in einer Übersicht gezeigt wird, sind die Betriebe mit der durchschnittlich größten Nutzungsfläche im hohen Schwarzwald und diejenigen mit der kleinsten in der unteren Rheinebene zu treffen. Auf die einzelnen Größenklassen verteilen sich die Betriebe wie folgt:

Betriebsgröße	Zahl der Betriebe		bewirtschaftete Fläche überhaupt	
	ha	v. H.	ha	v. H.
Parzellenbetriebe (unter 2 ha)	154 607	60,65	106 108	11,09
Kleinbäuerliche Betriebe (2 bis unter 5 ha)	60 660	23,80	191 126	19,98
Mittelbäuerliche Betriebe (5 bis unter 20 ha)	34 387	13,49	291 267	30,45
Großbäuerliche Betriebe (20 bis unter 100 ha)	4 681	1,83	172 864	18,07
Großbetriebe (100 und mehr Hektar)	594	0,23	195 284	20,41
Zusammen	254 938	100,0	956 649	100,0

Legt man die Zahl der Betriebe zugrunde, so stehen die Parzellenbetriebe (154 607) an erster Stelle; rund 60 v. H. aller Betriebe entfallen auf diese Größenklasse. In zweiter Stelle folgen die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe (2 bis 20 ha), die mit über 95 000 Betrieben (37,3 v. H.) vertreten sind. Verhältnismäßig klein ist die Zahl der großbäuerlichen und sogenannten Großbetriebe (rund 5200 oder 2 v. H.). Anders gestaltet sich das Bild, wenn man nicht von der Gesamtzahl der Betriebe, sondern von der bewirtschafteten Fläche ausgeht. Dann zeigt sich, daß auf die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe über die Hälfte der gesamten bewirtschafteten Fläche entfällt, die großbäuerlichen und Großbetriebe aber nur mit 33 v. H., die Parzellenbetriebe sogar nur mit 11 v. H., an der Gesamtfläche beteiligt sind.

Die thüringische Landessteuerverwaltung. Wie die thüringische staatliche Pressestelle mitteilt, konnten die Verhandlungen zwischen der thüringischen Regierung und dem Reichsfinanzministerium über die Übertragung der Landessteuerverwaltung auf das Reich neuerdings soweit gefördert werden, daß nunmehr damit gerechnet werden kann, daß die Reichssteuerbehörden die Verwaltung der thüringischen Grundsteuer, Gewerbesteuer und Aufwertungssteuer vom 1. April 1928 ab zu den Interessen des Landes angemessenen Bedingungen übernehmen. Veranlagung, Erhebung und Eintreibung der genannten Staatssteuern würden dann durch das Reich erfolgen.

Politische Neuigkeiten

Der „Bund zur Erneuerung des Reichs“

Der Vorsitzende des neuen „Bundes zur Erneuerung des Reichs“, Dr. Luther, hat am Montag dem preussischen Ministerpräsidenten Brauns einen Besuch gemacht, um den Chef der preussischen Staatsregierung über die Pläne und Ziele der Arbeitsgemeinschaft zu unterrichten. Nach der Rückkehr des Reichsanzlers nach Berlin wird eine solche Vorrede auch bei Herrn Dr. Marx erfolgen, wozu die „D. A. Ztg.“ noch bemerkt, daß die Reichsregierung schon seit Wochen über die Vorarbeiten zur Gründung des Bundes laufend unterrichtet wurde.

Die deutschnationale Pressestelle schreibt, daß die Partei den Aufruf des Bundes begrüßt. Das Kernstück der Erläuterungen Dr. Luthers zu dem Bundesprogramm bilde die Befestigung des unorganischen Nebeneinander der Zentralgewalten des Reiches und Preußens. Als Ausweg aus diesem Dualismus hat die deutschnationale Volkspartei die Personalunion zwischen Reichspräsident und preussischem Staatspräsident sowie der Ämter des preussischen Ministerpräsidenten und des Reichsanzlers vorgeschlagen. Die deutschnationale Partei wird bei der bevorstehenden Konferenz der Ministerpräsidenten allen Vorschlägen ihre Unterstützung leisten, die als Wegbereiter für das große Programm des „dritten Reichs“ gelten dürfen.

In einem Kommentar zu der Meldung von der Konstituierung des „Bundes für Erneuerung des Reichs“ bemerkt die „Bayerische Staatszeitung“ u. a., daß man, soviel sie unterrichtet sei in den maßgebenden bayerischen politischen Kreisen dem neuen Bunde als überflüssig ablehnend gegenübersteht.

Volonté über die Rheinlandbesetzung

Die Pariser „Volonté“ fordert in einem Artikel baldige Verhandlungen mit Deutschland über die Klärung der besetzten Gebiete. Das Blatt fragt: „Sollen wir im Rheinland bleiben?“ Es antwortet mit „nein“, denn das Rheinland gebe Frankreich nur eine künstliche Sicherheit und verhindere die deutsch-französische Verständigung, das sicherste Pfand für den Frieden. „Das Rheinland freiwillig räumen?“ Nein, das würde heißen, zu ausschließlich auf das Anwachsen eines problematischen pazifistischen Geistes in Deutschland rechnen. Was notwendig sei, seien Verhandlungen und zwar noch in diesem Jahre. Das Rheinland sei ein Pfand. Man müsse es zurückgeben im Austausch gegen Pfänder, die von längerer Dauer sein werden, nämlich Errichtung einer ständigen internationalen Kontrolle in der entmilitarisierten Zone und Bemühungen Deutschlands um Mobilisierung der Obligationen des Dawesplanes und damit Liquidierung des Finanzpflandes aus dem Kriege.

Eine Rede des polnischen Außenministers

Der polnische Außenminister Jaleski hielt auf dem Jahreskongress des Klubs zur Behandlung internationaler Probleme eine Rede, in der er über die polnisch-litauischen Beziehungen sagte, die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung sei beseitigt und hoffentlich würden sich solche Gefahren nicht wiederholen. Immerhin sollte sich der litauische Regierungschef bei Auslegung der Texte des Völkerbundes mehr von politischer Logik leiten lassen als bisher.

Über die deutsch-polnischen Beziehungen führte der Minister aus: Im Laufe des verflochtenen Jahres konnten wir seitens der Leitung der deutschen Außenpolitik Beweise guten Willens und auch von Anstrengungen feststellen, trotz außerordentlich schwieriger innerpolitischer Bedingungen gutnachbarliche Beziehungen zwischen beiden Ländern herzustellen. Die deutsche Delegation hat in Genuß eine Haltung eingenommen, die zu den von uns gewünschten Ergebnissen beigetragen hat. Ich hoffe, daß dieses Zusammenwirken in Zukunft immer häufiger sein wird. Was die Änderung der Stimmung gegenüber Polen anbetreffe, so sei diese zwar noch nicht so, um die Gewähr einer normalen Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen zu bilden. Aber jedenfalls besteht eine Änderung, und die Richtung der Entwicklung ist klar und offenkundig. Die Deutschen werden immer zahlreicher, die in einem Zusammenwirken mit Polen erste Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Vaterlandes erblicken. Hinsichtlich der polnisch-sowjetischen Beziehungen betonte Jaleski, wie zufrieden Polen wäre, wenn die Sowjetunion ihre bisherige Haltung in der Frage eines polnisch-russischen Nichtangriffspaktes revidieren würde.

Die Phoebus-Film A. G.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat die Gemeta-Film-Gesellschaft vom Reichswehrministerium die Phoebus-Film-A. G. erworben. Das Reichswehrministerium hat sich mit dem Verkauf einverstanden erklärt, unter der Voraussetzung, daß die Erhaltung des deutschen Charakters des Unternehmens auch für die Zukunft sichergestellt wird. Damit ist — so schreibt die „Frf. Ztg.“ — das Reichswehrministerium wieder aus der Filmbranche ausgeschieden, nachdem es sich mit Altenerwerb, Krediten und Garantien in Höhe von rund 9 Millionen RM engagiert hatte. Man wird der Wirksamkeit sehr nahe kommen, wenn man den baren Verlust des Reichsfiskus auf wenigstens fünf Millionen, mit Einschluß der verlorenen Zinsen auf rund sechs Millionen berechnet. Mit der Frage der Filmpropaganda des Reichswehrministeriums wird sich auch der Reichstag beschäftigen.

Verurteilungen in Sowjetrußland

Das „A. Z.“ meldet aus Moskau: Die Staatspolizei ist zur Verurteilung zahlreicher führender Persönlichkeiten der Opposition übergegangen. 30 ihrer hervorragendsten Mitglieder haben bereits Befehl zur Abreise erhalten, ohne genaue Angabe ihres Bestimmungsortes. Jedoch ist das ganze unrichtige europäische und asiatische Rußland in Anspruch genommen worden, von Archangelsk bis Mittelasien und Sibirien. Ein Teil der Verurteilten ist bereits deportiert. Es besteht nicht mehr der mindeste Zweifel, daß Trozki, Nadel, Katowski, Sameneff und Sinowjew verbannt werden sollen. Katowski soll im Gouvernement Wjatka, 500 Kilometer entfernt von der nächsten Eisenbahnstation, untergebracht werden.

Das Leningrader Kriegsgericht hat einen gewissen Peter Pauku, der angeklagt war, im Auftrage des finnländischen Geheimdienstes Spionage betrieben zu haben, zum Tode verurteilt und beschloß, den Zentralvollzugsausschuß der Sowjetunion zu ersuchen, die Oktober-Amnestie auf Pauku nicht anzuwenden. Die gegen die Mitangeklagten Stefan Rauku und Michael Wilki ausgesprochene Todesstrafe wird durch die Amnestie in eine zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die übrigen acht Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt. Das Gericht stellte fest, daß Peter Pauku, da er schon einmal in der Sowjetunion wegen Spionage zum Tode verurteilt worden war, nach seiner durch einen Gefangenenaustausch erfolgten Rückkehr nach Finnland abermals einwilligte, im Auftrage des finnländischen Geheimdienstes seine Spionagetätigkeit auf dem Boden der Sowjetunion fortzusetzen und daß er Spionageinformationen durch seinen Bruder Stefan und durch Michael Wilki eintrug.

Ein Jahr Varmatprozeß. Am 11. Jan. 1928 ist ein Jahr seit dem Beginn der Hauptverhandlung im Varmatprozeß abgelaufen. Bisher ist an 157 Tagen verhandelt worden. Die Akten sind bis jetzt auf 70 Hauptbände und 1000 Nebenbände angeschwollen. Die Anlage allein umfaßt 648 Druckseiten. Bisher sind 59 schriftliche Gutachten von Sachverständigen erstattet worden. An Protokollen der Hauptverhandlung allein bestehen sieben Aktenbände mit 2800 Seiten. Die Kosten des gesamten nunmehr stark drei Jahre dauernden Strafverfahrens, also einschließlich des staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens, der Voruntersuchung und der bisherigen Hauptverhandlung betragen etwa 290 000 RM.

Badischer Teil

Oberregierungsrat Karl Stehberger †

Gestern abend starb unerwartet der Oberregierungsrat im Ministerium des Innern, Karl Stehberger. Mit ihm ist ein Verwaltungsbeamter von hervorragender Pflichttreue, von reichen Kenntnissen und Erfahrungen dahingegangen. Karl Stehberger war am 25. Oktober 1878 zu Mannheim geboren. Im Jahre 1902 bestand er die erste, 1906 die zweite juristische Prüfung. Nachdem er als Amtmann in Heilberg und Mannheim tätig war, wurde er 1920 in das Ministerium des Innern berufen und zum Regierungsrat ernannt. 1927 erfolgte seine Ernennung zum Oberregierungsrat.

Die christlichen Freikirchen in Baden

PA. Vor 100 Jahren hat es in Baden, soweit sich aus dem beim statistischen Landesamt handschriftlich vorliegenden Material entnehmen läßt, abgesehen von der Herrnhuter Brüdergemeinde in Königsfeld, erst eine einzige Freikirche, die der Mennoniten, gegeben. Die Gesamtzahl der Mennoniten betrug 1417 Personen, die sich größtenteils auf die Gemeinden des Amtsbezirks Sinsheim verteilten. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts (1852) wurden außer 1462 Mennoniten 537 Dissidenten festgesetzt. Nach weiteren 25 Jahren, bei der Volkszählung im Jahre 1875, gab es neben Mennoniten und Dissidenten schon Baptisten und Methodisten, außerdem haben sich damals jeweils einige Personen als Quäker, Mormonen, Apostolische bezeichnet. Insgesamt hatten die Freikirchen rund 2000 Anhänger. Um die Jahrhundertwende war die Mitgliederzahl der Freikirchen auf ungefähr 3000 Personen angestiegen. Zu den bestehenden Freikirchen kamen die der Katholisch-Apostolischen, der Apostolischen, der christlichen Dissidenten, die Gruppe von Wipperfurth und die Heilsarmee hinzu. Daneben haben sich wieder vereinzelt Personen als Mormonen, Puritaner, Salpeterer, Wiederläufer, Unitarier, Freikirchler, Freiprotestanten, Liberale, Salustianer usw. bezeichnet. Vor dem Kriege (Volkszählung 1910) hatten die verschiedenen Freikirchen zusammen mehr als 5000 Mitglieder. Die Zahl der Freikirchen hat sich um drei vermehrt; die aus der apostolisch-katholischen Gemeinde hervorgegangene neapostolische Kirche, die Adventisten, sowie die „Christliche Wissenschaft“. Vereinzelt treten auch andere neue Religionsbezeichnungen auf wie: freievang. ev. evangelischer Geist, undogmatische Protestanten, Anhänger Christi, Tempel usw.

Bei der Volkszählung am 16. Juni 1925 wurden insgesamt 11 970 Anhänger der christlichen Freikirchen ermittelt; auf 100 Einwohner des Landes entfallen somit 0,52 Mitglieder von Freikirchen. Zu den im Jahre 1910 bestehenden Freikirchen sind die Biforscher, die Christengemeinschaft, Bewegung zur religiösen Erneuerung und die Christengemeinschaft (soq. Fingirbewegung) hinzugekommen. Außer den Herrnhutern, Lutheranern und Reformierten einerseits, den Alt-Katholiken und Griechisch-Katholiken andererseits, üben also in Baden insgesamt 14 Freikirchen ihre Tätigkeit aus. Die Hauptverbreitungsgebiete der Freikirchen sind die am Birtmberg, das typische Sektiererland, grenzenden Bezirke Forzheim, Bretten und Sinsheim in der nördlichen Landeshälfte und Wolfach und Wilingen in der südlichen. Die Gemeinden mit der größten Zahl Mitglieder der Freikirchen sind Forzheim (2033), Karlsruhe (1712), Mannheim (1248), Heidelberg (680), Freiburg (487) und Durlach (416). Außer den genannten ländlichen Bezirken sind es also vor allem die großen Städte, in denen sich den Freikirchen ein günstiges Feld der Betätigung bietet. Welcher Religionsgemeinschaft die 11 970 Anhänger der Freikirchen in Baden vor ihrem Übertritt angehört haben, läßt sich mangels statistischer Unterlagen schwer feststellen. Aus Mitteilungen der Führer der größeren Freikirchen geht hervor, daß etwa die Hälfte der heutigen Anhänger ehemals römisch-katholisch war, die andere Hälfte aus der evangelischen Landeskirche stammt.

Einzelheiten über die Mitgliederzahl, die Verbreitung, die Entstehung, die wichtigsten Unterscheidungsmerkmale gegenüber anderen Religionsgemeinschaften, über Alter, Geschlecht, Familienstand und Beruf der Anhänger der Freikirchen enthält das vom statistischen Landesamt soeben herausgegebene Buch über „Die Religionszugehörigkeit in Baden in den letzten 100 Jahren“, das vom Badischen statistischen Landesamt bezogen werden kann.

Ein Lesebuch für die landwirtschaftlichen Schulen Badens

Der Landtagsabg. Anton Sad in Laubersbachshaus hat unter dem Titel „Blühende Erde“ ein Lese- und Lebensbuch für die landwirtschaftlichen Schulen Badens und für das deutsche Bauernhaus herausgegeben, welches sich allgemeiner Beachtung erfreuen dürfte. Sad, der bekanntlich selbst dichterisch und schriftstellerisch tätig ist, hat als Vorstand der landwirtschaftlichen Schule in Laubersbachshaus reichlich zur Wahrnehmung Gelegenheit, wie ein modernes Lesebuch für die landwirtschaftlichen Schulen ausfallen muß. Deshalb ist das Buch nicht auf die engeren landwirtschaftlichen Berufsinteressen abgestimmt, sondern führt die landwirtschaftlichen Schulen auch ein in die Welt der Großstadt, der Fabrik, der Industrie und des Handels. Das scheint uns die richtige Lesepeise für den späteren Landwirt zu sein. Denn daran tranken wir ja, daß die einzelnen Berufsstände zu wenig von einander wissen und zu wenig einander verstehen. — Das Buch ist rund 400 Seiten stark und mit hübschen Kunst-Druckbeilagen ausgestattet.

Die bäuerlichen Versuchsringe in Baden

Landwirtschaftsrat Eberhard, Karlsruhe, hat der Badischen Landwirtschaftskammer eine Denkschrift über die bäuerlichen Versuchsringe in Baden erstattet, die trotz der erst einjährigen Bestehens der badischen Versuchsringe den Leser durch die Fülle des zusammengeträgten Materials in die Lage versetzt, sich ein klares Bild über das segensreiche Wirken der neuen Einrichtung zu machen. Hier sind die Wege gezeigt, die in unseren kleinbäuerlichen Verhältnissen zur Verbesserung der Wirtschaft und mit der Zeit zu gutem Erfolg führen müssen. Gerade die kleinen Betriebe, die ja bei uns vorherrschen, sind es, die noch vielfach im Argen liegen und die es besonders notwendig haben, daß ihre Wirtschaftsweise auf bessere Grundlage gestellt wird. Jeder Bauernmann sollte das Schriftchen eingehend studieren.

Wiederherstellung der vernichteten Wiener Grundbücher

Nach einer Mitteilung des österreichischen Bundeskanzleramts für Auswärtige Angelegenheiten sind durch den Brand im Wiener Justizpalast die Grundbücher der Wiener Gemeindebezirke I bis IX und XX, ferner die niederösterreichische Landtafel, das Eisenbahnbuch und das Bergbuch samt den dazu gehörigen Urkundenansammlungen vernichtet worden. Die Wiederanlegung dieser öffentlichen Bücher — und zwar zunächst der Grundbücher — erfolgt durch das Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien I, Herrngasse 17, von Amts wegen. In diesem Verfahren werden alle Eigentums- und sonstigen grundbuchlichen Rechte, insbesondere Hypothekenrechte, soweit sie durch gerichtliche Aktenstücke, Grundbuchsauszüge oder entsprechende Urkunden nachgewiesen sind, erhoben und in die neu anzulegenden Grundbücher eingetragen. Gleichwohl dürfte es nach Ansicht des Bundeskanzleramts im Interesse aller Beteiligten liegen, wenn sie ihre Rechte, insbesondere Hypothekenforderungen, bei dem bezeichneten Gericht zur Anmeldung bringen würden, und zwar, wenn möglich, unter Vorlegung der erforderlichen Belege in Urchrift oder beglaubigter Abschrift; dadurch würde vermieden, daß einzelne Eintragungen mangels entsprechender Grundlagen nicht mehr festgestellt werden könnten und deshalb in die neuen Bücher nicht aufgenommen würden. Solche Anmeldungen, die ebenso wie ihre Belegen stempel- und gebührenfrei sind, werden vom Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien I entgegengenommen.

Die badischen Beamten verlangen Uebernahme der Reichsbesoldung

Nach dem Vorgang des Reiches haben nun auch Berlin und Sachsen die Neuregelung der Beamtenbesoldung durchgeführt. Während die Berliner Regelung in manchen Punkten über die Reichsbesoldung hinausgreift, wurde die sächsische Regelung im Rahmen der Reichsbesoldung durchgeführt. Wenn auch die sächsischen Beamten nicht die Erfüllung aller Wünsche erreichen konnten, so haben sie doch das Gefühl, gegenüber den Reichsbeamten nicht schlechter behandelt worden zu sein. Wie wir erfahren, haben sich auch die badischen Beamtenorganisationen auf die Forderung der Uebernahme der Reichsbesoldung für Baden einmütig eingestellt. Die Beamtenerschaft erwartet, daß die badische Regelung nicht hinter der Reichsregelung zurückbleiben wird, weil nur die Arbeitsfreudigkeit der badischen Beamten dadurch erhalten werden kann. Die Gleichbehandlung der badischen Beamten mit den Reichsbeamten wird als eine Staatsnotwendigkeit betrachtet. Die nächsten Tage werden die für die badischen Beamten entscheidenden Beschlüsse des Staatsministeriums bringen.

Die Arbeiten am Redarkanal

Infolge der für Baus, insbesondere für Betonierungsarbeiten ungünstigen Witterung sind, wie aus Heidelberg gemeldet wird, die Arbeiten an der Staustufe Girschaffe zur Zeit fast völlig stillgelegt. Sollte die in den letzten Tagen eingetretene warme Witterung anhalten, so ist beabsichtigt, die Arbeiten möglichst sofort wieder in größerem Umfang aufzunehmen.

Aus den Parteien

Wie der „Frankf. Zig.“ zufolge auf einer demokratischen Konferenz in Erfurt mitgeteilt wurde, hat Dr. Ludwig Haas, Karlsruhe, die ihm angetragene demokratische Spitzenkandidatur im Reichstagswahlkreis 12 (Großhüringen) endgültig angenommen.

Gemeinde-Rundschau

Zur Mannheimer Bürgermeisterei teilt die „N. Bad. Landesztg.“ über die Mehrheitsverhältnisse im Bürgerausschuß folgendes mit: Nach der gegenwärtigen Zusammensetzung des Bürgerausschusses haben die Sozialdemokraten und Stadträte auf 37 Stimmen, das Zentrum 18, die Deutsche Volkspartei 16, die Demokraten 8, die Wirtschaftliche Vereinigung 6, die Deutschnationalen 3, die Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung 2, die Kommunisten 16, die U.N.A., Sozialdemokratie 1, die Christl.-soz. Reichspartei 1. Insgesamt hat der Bürgerausschuß 108 Stimmen. Hinzu kommen noch die vier Stimmen des Oberbürgermeisters und der drei Bürgermeister, so daß insgesamt mit 112 Stimmen zu rechnen ist. Die einfache Stimmenmehrheit, die für die Wahl erforderlich ist, beträgt mithin 57. Die Koalitionsparteien, Sozialdemokraten und Zentrum, die beinahe für den Oberbürgermeisterposten Dr. Heimerich (Kiel) und für den Bürgermeisterposten als Nachfolger des Herrn Bürgermeisters Ritter Baurat Böhmer Emmerdingen aufgestellt haben, zählen nach obiger Zusammenstellung zusammen 56 Stimmen. Wenn man die Stimme des der sozialdemokratischen Partei angehörigen Bürgermeisters Wötter den Stimmen der Koalition hinzurechnet, ebenso je eine Stimme des U. S. P.-Mitgliedes und des Christlichsozialen Reichsparteilers, dann ergibt sich eine Mehrheit von 58 Stimmen. Die Deutsche Volkspartei hat jetzt, nachdem sie als Gegenkandidat Dr. Heimerichs Oberbürgermeister Alfred Finkle in Gagen i. B. aufgestellt hatte, als Nachfolger des Bürgermeisters Ritter den Beigeordneten Dr. Zeller der Mannheimer Stadtverwaltung nominiert. Dr. Zeller ist Gegenkandidat des von den Sozialdemokraten und dem Zentrum aufgestellten Baurat Wilhelm Böhmer in Emmendingen. — Im Hinblick auf das fortwährende Wahlabkommen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten bezeichnet das Mannheimer „Volkblatt“ die volksparteilichen Kandidaturen als aussichtslos. Eine Bemerkung der Mannheimer „Volkstimme“ drückt die gleiche Ansicht aus.

Rückgang der Geburten in Baden. Im verflochtenen Jahre zählte man in Baden 31 Tausen, 42 Todesfälle und 8 Eheschließungen. Wenn man die Kriegsjahre außer Betracht läßt, war die Zahl der Tausen die geringste seit 100 Jahren. Im Jahre 1842 gab es sogar 122 Tausen. Dieser Rückgang, wie die verhältnismäßig niedrige Zahl der Eheschließungen erklärt sich teilweise aus der großen Abwanderung der jungen Leute nach Amerika. Seit Kriegsende sind etwa 80 junge Leute von Baden nach dort ausgewandert.

Die Weinheimer Festhalle. Mit der Ablehnung der Saalbauvorlage im Bürgerausschuß Weinheim waren zugleich auch die 5000 M für den Ausbau der Bühne in der Weinheimer Festhalle gestrichen worden. Da aber die Festhalle ohne Bühne ihren Kulturzweck vollständig verfehlt, so hat sich die Theatergemeinde Weinheim (800 Mitglieder) entschlossen, auf eigenes Risiko die Bühne auszubauen. Zur Aufbringung der Mittel sollen die von einheimischen Theaterfreunden gezeichneten Anteilsscheine demnächst zur Einlösung gelangen. Die Rückzahlung der Gelder erfolgt unter der vollen Garantie der Theatergemeinde in bestimmten Zeitabständen, beginnend mit dem kommenden Spieljahr ab 1. September 1928.

Deutsche Werkbundausstellung in Jülich. Am Sonntag wurde im Kunstgewerbemuseum in Jülich eine Wanderausstellung des Deutschen Werkbundes über neues Bauen eröffnet. Die später in Basel, sowie in deutschen und ausländischen Städten gezeigt werden soll.

Das Kreisrat des Kreises Freiburg wurde die Kreissteuer für das Rechnungsjahr 1927/28 festgesetzt. Danach betragen die Steuerfächer wie im Vorjahr von 100 M des Grundvermögens 10 Pf., vom Betriebsvermögen 4 Pf. und vom Gewerbeertrag 75 Pf. — Einigen gemeinnützigen Rechtsanstalten im Kreisgebiet wurden Kreiszuschüsse bewilligt, ferner wurden Kreisbeiträge gewährt der Verkehrs-gemeinschaft Hochschwarzwald in Neustadt zur Anfertigung einer Reliefkarte des Hochschwarzwaldes, sowie einer Anzahl Schüler zum Besuch von Fachschulen und gewerblichen Fachkursen. — Zur Errichtung einer neuen, anstelle der alten in einer Barade untergebrachten Wandererübernachtungsstation in Staufen wird ein Drittel Kostenbeitrag zugesagt.

Ortsbereisung in Redarbischofsheim. In Redarbischofsheim fand eine Ortsbereisung durch den Landrat Strad, Sinsheim, statt. Nach Abhörung der Gemeindebeamten und -bediensteten und Entgegennahme einer Beschwerde nahm Landrat Strad die besonderen Wünsche der Gemeindeverwaltung entgegen. Die sich sehr fühlbar machende Verschlechterung im Verkehrsweesen wurde besonders eingehend behandelt. Den breitesten Raum nahm die Frage der reiflichen Aufnahme des Nebenorts Helmhof in Redarbischofsheim in Anspruch. Die Aufrollung der Frage ließ die unhaltbaren und verworrenen Zustände der halb badischen, halb heffischen Gemeinde in sich und wegen ihrer Abhängigkeit von Wimpfen und Redarbischofsheim klar vor Augen treten. Der Gemeinderat Redarbischofsheim zeigte sich auch diesmal zur Aufnahme des Nebenorts im Prinzip einverstanden, während der Sprecher für Helmhof, Leopold Knapp, wegen der zu erwartenden höheren Umlage dem Eingemeindungsgeheim abnehmend gegenüberstand. Die einzige Lösung ist nur in einer zwischenstaatlichen Regelung zu finden. Es werden nach dieser Richtung bei der badischen und heffischen Regierung Schritte unternommen. In die Verhandlungen schloß sich ein Rundgang durch die Stadt an mit Besichtigung der Gemeindeanlagen und -einrichtungen. Durch Bezirksbaufontrollleur Suber wurde die Aufmerksamkeit der Gemeindeverwaltung auf das Fehlen von baureifem Gelände hingelenkt. Die nur geringe Bautätigkeit ist auf diesen Umstand zurückzuführen.

Aus der Landeshauptstadt

Presse- und Bühnenfest „Tinte und Schminke“
Was bietet das große Presse- und Bühnenfest dem Besucher? Das große Fest, das am Samstag, den 4. Februar, abends 8 Uhr in sämtlichen Räumen der Festhalle von der heffischen Presse und der heiligen Bühne (Karlsruher Presseverein, Ortsgruppe Karlsruhe des Süddeutschen Zeitungsberegervereins und Ortsgruppe Karlsruhe der Deutschen Bühnengenossenschaft) veranstaltet wird, ist heute bereits das Tagesgespräch in allen Kreisen unserer Stadt und der benachbarten Orte. Es ist selbstverständlich, daß dieses Fest der Glanz der diesjährigen Winterferien werden wird. Die großen festlichen Veranstaltungen der Karnevalszeit werden durch dieses Fest ihre allerübertragende Krönung erfahren. Wer also das Fest „Tinte und Schminke“ besucht, wird an dem bedeutendsten gesellschaftlichen Ereignis unserer Stadt teilnehmen. Das ist das erste, was die Festleitung den Besuchern garantieren kann: die Überzeugung, ein in seiner Art außergewöhnliches, alle anderen Veranstaltungen weit übertragendes Fest besucht zu haben.

Was bietet nun das Fest den Besuchern im einzelnen? Die Festleitung wird den Räumen der Festhalle durch eine großzügige, originelle und geschmackvolle Dekoration ein Gepräge verleihen, das das Motto des Festes, Tinte und Schminke, immer wieder betont und so dem Publikum den Eindruck eines ganz einzigartigen Erlebnisfeldes verleiht. Die Dekorationen werden von der Festhalle wenig mehr erkennen lassen. Der Besucher wird glauben, ganz neue Räume zu betreten. Diese umfangreiche, wahrhaft großartige Innendekoration erstreckt sich aber nicht nur auf den großen Festsaal und das Podium, sondern auch auf den kleinen Festsaal, den roten Saal, die Glashalle, den Bierstunnel und das Vestibül. Alle Räume, die den Festzwecken zu dienen haben, werden vollkommen neu ausgeschmückt. Über Einzelheiten der Dekorationen werden wir später noch berichten. Ebenfalls wird schon allein die Ausschmückung der Festhallenräume der ganzen Veranstaltung den Charakter des besonderen verleihen. Das Karlsruher Publikum wird eine so schöne und originelle Ausschmückung der Festhalle bisher noch nicht erlebt haben.

Das der Aufenthalt in solchen Räumen amüßig und behaglich sein wird, versteht sich von selbst. Was die Unterbringung der Besucher betrifft, so wird in allen Räumen dafür gesorgt werden, daß überall gemütliche Tische, Stühle und Bänke stehen. Die untere Galerie des großen Festsaales wird lauter Nischen aufweisen. Der große Saal selbst bleibt reserviert für den Tanz. Der kleine Festsaal wird im Stil eines vornehm-intimen Weinbaretts gehalten sein. Die Glashalle wird eine Berliner Laubenkolonie zeigen, der danebenliegende rote Saal wird als Korbkabinett, als Apantellerhergerichtet. Der Bierstunnel wird zu einem großen Finken-fischquartier umgebaut werden. Allenfalls, in mannigfachen lustigen Einzelheiten, wird das Motto „Tinte und Schminke“ erklingen.

Der Abend wird eröffnet durch eine musikalisch-dramatische Vorführung; die besten Kräfte unseres Landestheater ein-schließlich des Orchesters und des Balletts werden hier mitwirken. Wir können den Besuchern auch hier einen ganz besonderen Genuß versprechen. Näheres wird noch mitgeteilt werden.

Ununterbrochen wird in allen Räumen musiziert werden, und zwar von ausgezeichneten Kapellen. In dem kleinen Festsaal (Weinbaretts) wird eine Jazzkapelle spielen, und zwischenwärtig werden einzelne Vorführungen im Kabarettstil erfolgen. Diese Vorführungen werden sich weniger an das Ohr als an das Auge wenden. Auch sonst werden die Besucher noch durch mancherlei Vorführungen und humoristische Einzelheiten überrascht werden. Man kann sich in dieser Hinsicht ruhig der Festleitung anvertrauen, die über genügend Kräfte verfügt, um dem Publikum wirklich etwas Gutes und Originelles bieten zu können.

Eine Tombola wird Gelegenheit zu schönen Gewinnen geben. Eine Prämierung der drei apartesten Kostüme ist geplant. Ein türkisches Kaffeestück wird errichtet werden. Im übrigen behält der Wirt des Stadgartens die gesamte Bewirtung in eigener Regie. Auch hier liegt bereits das bindende Versprechen des Wirts vor, für eine pünktliche, sorgsame und erfrischende Bewirtung zu bürgerlichen Preisen Sorge zu tragen.

Auf die Frage „Was soll ich zu dem Fest anziehen?“ werden wir in den nächsten Tagen zu sprechen kommen. Da für die Zahl der Besucher eine ganz bestimmte Grenze bestimmt ist, die unannehmlich eingehalten werden wird, empfiehlt sich rasche Anmeldung, und zwar im Zentralbüro der Festleitung, bei Herrn Chefredakteur Amend, Karl-Friedrichstr. 14. Wir möchten dringend bitten, die Beschaffung der Karten auf die lange Bank zu schieben. Ist etwa bis zum 20. eult. 25. Januar die vorgesehene Zahl der Besucherkarten verkauft, so besteht keine Möglichkeit mehr, zum Besuch des Festes zu gelangen. Die Auffassung, die man hier und da antrifft, es sei immer noch Zeit zum Kartentausch und man werde bei seinen guten Beziehungen zu Presse und Theater schon noch hinein-kommen, ist gefährlich und falsch.

Bad. Landestheater. In Anerkennung seiner künstlerischen Leistungen hat das Ministerium des Kultus und Unterrichts mit Zustimmung des Verwaltungsrats des Bad. Landestheater dem Schauspieler Alfons Knecht die Amtsbezeichnung „Staats-schauspieler“ verliehen.

Die gelbe Armbinde mit den drei schwarzen Ringeln. Es scheint wenig bekannt zu sein, daß die obengenannte Binde nicht nur von Blinden, sondern auch von Gehörlosen, also Taubstummen und hochgradig Schwerhörigen zum Schutze gegen Verkehrsunfälle getragen werden soll. Befriedigend ist es, so schreibt man uns, daß solche Personen wenig Verständnis bei dem Publikum finden. Es scheint fast, als ob die meisten Leute an einen Mißbrauch mit dem Tragen der Binde denken. Eine Aufklärung des Publikums in dieser Hinsicht erscheint notwendig.

In den Badischen Lichtspielen im Konzerthaus gelangt in dieser Woche ein hervorragender Ufa-Film „Milat, der Grünlandjäger“ zur Erstaufführung. Eine kleine Forscher-truppe hat sich das Ziel gesetzt, die nördlichen Teile Grünlands zu erforschen. Die Reisevorbereitungen sind sorgfältig getroffen, wir fühlen uns im Geiste bereit, diese Fahrt zu begleiten. Mächtige Eisberge begegnen uns auf der Fahrt. Grünland in Sicht und schon nahen kundige Lotsen, die das Schiff an einen guten Landungsplatz geleiten. Von der Süd-sibirische Grünlands ab beginnt nun die eigentliche Expedition. Das Schiff fährt an der Küste entlang nach der Robben-bucht. Nun beginnt der zweite Teil der Expedition unter der Leitung der Herren Dr. Willinger und Allgeier mit dem gemieteten Eskimo Milat als Führer und mit Hundeschlitten die Fahrt in die endlose Schneee- und Eiswüste. Gewaltige Gletscher breiten sich aus und schwere Schneestürme hindern das Vorwärtkommen. Körperliche Leiden und zwei Unglücksfälle stellen sich ein, dazu kommt Proviantmangel, die Hundeschar wird immer kleiner. Unter größter Mühe wird das Ziel erreicht, aber nicht allein, denn eine amerikanische Expedition hatte sich daselbst Ziel gesetzt. Der Erfolg war da und nun geht es zurück zum Schiff. Eine kleine Spiel-handlung ist dem Film beigegeben. Interessant sind die Aufnahmen, die uns Szenen und Gebräuche der Eskimos näher bringen. Ein solcher Kulturfilm besitzt natürlich große Anziehungskraft, und so war auch das Konzerthaus sehr gut besucht. — Im Beiprogramm ist ein kleiner natur-wissenschaftlicher Film und die bekannte Opelewoodschau mit den neuesten Aufnahmen vertreten.

Die Galerie Moos, Kaiserstraße 187, eröffnet das neue Ausstellungsjahr mit einer besonders ausgewählten Sonderausstellung. Leo Jaller zeigt Gemälde der neuen Sachlichkeit, G. Keller Gemälde aus der Industrie und Porträts, E. S. Zimmermann bringt mehrere Bildnisse, Alt und Landschaften, A. G. Müller Landschaften aus der näheren Umgebung (Dax-landen). Außerdem ist in den beiden ersten Räumen der Galerie eine Sonderausstellung „Tierbilder“ mit Gemälden von Baisch, Bergmann, Salberg-Kraus, Rod, Hüfmeier, Weizhaupt u. a. zu sehen. Die Jahreskarte für die Galerie Moos kostet nur 5 M, wofür außerdem eine Original-Abbildung im gleichen Werte abgegeben wird.

Munz'sches Konservatorium. Die Theater- und Orchester-schule des Munz'schen Konservatoriums veranstaltet am Frei-tag, den 20. Januar, im Eintrachtsaal eine Bühnenauffüh-rung von Richard Wagners „Der fliegende Holländer“ zweiter Akt. Die Partie des Daland hat dabei Herr Hermann Klein vom Stadttheater in Würzburg übernommen. Karten-vorverkauf bei Fr. J. Müller und Tafel.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Im Grenzgebiet zwischen einem über Südwest-europa lagernden Hochdruckgebiet und tiefem Druck im Norden hält bei südlicher Luftzufuhr das abnorm milde Wetter an. In der Rheinebene liegen die Temperaturen bis 7 Grad über dem langjährigen Mittel. Westlich Schottland ist östwärts vor-dringend eine neue Sturmzirkulation im Anrücken. Über den britischen Inseln gehen bereits Regenfälle bei stürmischen Süd-westwinden nieder. Wetterausichten für Mittwoch, 11. Jan.: Nach kurz anhaltender Föhn-situation aufziehende starke bis stürmische Südwestwinde. Erneute Regenfälle. Fortdauer des milden Wetters.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Obenwald (Bruchsal), 7. Jan. Dem Zigarrenfabrikanten Wilhelm Becker hier wurde der siebenjährige Knabe geboren. Reichs-präsident v. Hindenburg hat die Ehrenpatenschaft übernom-men und dem Patenkind ein ansehnliches Geldgeschenk über-mitteln lassen.

Dr. Aus dem Obenwald, 10. Jan. In mehreren Waldun-gen des mittleren Obenwaldes wurde durch starken Sturm bedeutende Verheerungen angerichtet. In einem Walde des Hofgutes Hohenstein bei Reichenbach wurden beinahe 4000 Festschmeter Eichen, Eichen und Nichten umgelegt, außerdem richtete der Sturm in St. Gidenburger Wald und in einer Anzahl Privatwälder großen Schaden an.

Dr. Oberharmersbach, 9. Jan. Am Vorschwerk sind Arbei-ten zur Gewinnung der laut Untersuchung für Glas und Porzellan verwendbaren Quarzsteine im Gange. Bei dem Bergwerk soll eine vom Harmersbach zu treibende Schotter-mühle errichtet werden.

Hd. Mingsheim bei Bruchsal, 9. Jan. Heute tritt der Senior des Badischen Klerus, der hier im Ruhestand lebende frühere Ortspfarrer Josef Münch, in sein 98. Lebensjahr.

Hd. Forstheim, 9. Jan. Der Schaden, der durch den Sturm in der Nacht zum Samstag in den Waldungen unserer Um-gebung entstand, ist größer als man zuerst annahm. Im staatl. Hagenstättwald sind allein etwa 2000 Festschmeter Holz gefallen, im Forstheimer Gemeinwald etwa 800, dar-unter rund 500 im Hagenstätt. Dazu kommen noch etwa 1200 Festschmeter Fallholz in den Gemeinwaldungen des staatl. Forstbezirks, in Eutingen, Kiefern, Eschelbronn, Rühlhausen, Tiefenbrunn und Würt. Zusammen sind es also gegen 4000 Festschmeter, ein Schaden, wie er in solcher Höhe seit 1820 nicht mehr vorkam. Damals betrug er allerdings über 30 000 Festschmeter.

Hd. Reichenau a. B., 9. Jan. Der frühere Stadtpfarrer von St. Johann in Freiburg, Kammerer Engelbert Jungs, ist im Alter von 76 Jahren gestorben. Im Jahre 1925 konnte er das 50jährige Priesterjubiläum begehen. 32 Jahre wirkte er als Seelsorger in Freiburg, um dann nach dem Kriege die einzig-schöne Partei Oberzell auf der Reichenau zu beziehen.

Verschiedenes

Die Explosionskatastrophen in Berlin
W.D. Berlin, 10. Jan. (Tel.) Anlässlich des Explosionsun-glückes in Dahlem hat heute unter dem Vorsitz des Polizei-präsidenten eine Konferenz von Sachverständigen stattgefun-den, in der einmütig festgestellt wurde, daß die bisherigen Vorschriften über explosions- und feuergefährliche Stoffe durch-aus ausreichend sind, wenn sie von den Betreffenden richtig beachtet werden. Der Polizeipräsident richtet an die Berliner Bevölkerung den dringenden Appell, die Polizei in ähnlichen Fällen durch entsprechende Mitteilungen zu unterstützen, wo beobachtet wird, daß die bestehenden Vorschriften im Geheimen oder aus Fahrlässigkeit umgangen werden.

KNOPF^s INVENTUR- AUSVERKAUF

Auf alle im Preise nicht herabgesetzten Waren

10 Prozent Rabatt

mit Ausnahme von wenigen Markenartikeln
und Lebensmitteln

Die von Tausenden sehnsüchtig erwartete
große Kaufgelegenheit ist da!

GESCHW. KNOPF

Inventur-Verkauf

Räumung großer Mengen
zurückgesetzter Waren zu
außerordentlich billigen Preisen

10% **10%**

Auf alle nicht zurückgesetzten Waren

Leipheimer & Mende

Vereinsbank Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Wir haben den Zinsfuß für

Spareinlagen

mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab auf

7 1/2 % p. a. festgesetzt

Annahme von Spar-Einlagen auch von Nichtmitgliedern
Geschäftshaus: Kreuzstraße 1

Erstklassigen
**Straßenschotter
Gleisschotter
Betonchotter
Betonspüß
Stücksteine • Grus • Sand**
liefert
PORPHYRWERK DOSSENHEIM
H. Vatter
Dossenheim a. d. Bergstraße

Munzsches Konservatorium

Waldstraße 79
Unterricht auf allen Gebieten der Musik
Orchester- und Kapellmeisterschule
Freitag, 20. Januar 1928, im Eintrachtsaal
**Szenische Aufführung mit Orchester von
Richard Wagners „Der fliegende Holländer“**
II. Akt

GALERIE MOOS

Kaiserstraße 187

Jahreskarte 1928 • 5 RM

Jeder Abonnent erhält eine Original-Radierung
gratis

Ruhholzersteigerung.

Das Forstamt Schwetzingen versteigert am
Donnerstag, den 19. Januar
1928, vormittags 10 Uhr, im
Wald in Schwetzingen aus den
Staatswaldungen Distrikt
I Hardt und III Rheinwald
Eichen 100 fm I—VI, Kiefern
155 fm I—VI, Buchen
70 fm II—VI, Rothbuchen
20 fm III—VI, Weißbuchen
57 fm III—VI und 0,62
fm Stangen I, Ahorn 25
fm II—VI, Kiefer 0,23
fm VI, Nadeln 5 fm IV
bis V, Birken 0,62 fm
V—VI, Linden 1,50 fm
IV—V, Weiden 10 fm
V—VI, Weiden 0,35 fm
V. Maßliste durch das
Forstamt.

Der Badische Sparkassen- und Giroverband in Mann-
heim, B. L. 6, sucht wegen Ausbaus der Verbandsrevision
zum sofortigen Dienstantritt

zwei Revisionsbeamte.

Die Anstellung erfolgt zunächst probeweise auf die Dauer
eines Jahres. Einreichung des einen Beamten erfolgt
in Gruppe VIII, des anderen in Gruppe IX der B.-D.
mit Beförderungsmöglichkeit. Es kommen nur erste
Kräfte in Frage. Bewerber aus dem Kreise der geprüften
staatlichen Revisoren mit praktischer Erfahrung im
Revisionsdienst erhalten den Vorzug. Die Bewerbungen
wollen bis 20. Januar 1928 unter Angabe der Ge-
haltsansprüche und unter Anschließ eines Lebenslaufes
hierher eingereicht werden.

Der Verbandsvorsitzende:
Dr. Gugelmeier,
Präsident.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen
und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der
„Karlsruher Zeitung“

Die Sonntagsruhe im Handels- und
Leistungsgewerbe in den Landgemein-
den des Amtsbezirks Karlsruhe.

Nach § 105b Abs. II der Reichsgewerbeordnung in
der Fassung des Art. I der Verordnung der Reichs-
regierung vom 5. Februar 1919 dürfen Gehilfen, Lehrlinge
und Arbeiter an Sonn- und Feiertagen nicht be-
schäftigt werden und darf demzufolge nach § 41a der
RGew.O. an diesen Tagen ein Gewerbebetrieb in
offenen Verkaufsstellen nicht stattfinden.
Von diesen Bestimmungen werden gemäß §§ 41a,
105b Abs. II und 105c der RGew.O. in der Fassung
vom 5. Februar 1919, soweit erforderlich, mit Zustimmung
des Bezirksrats vom 22. November und 13. De-
zember 1927 für die Landgemeinden des Amtsbezirks
Karlsruhe folgende

ausgenommen: M. 282.

I.
Eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und
Arbeitern und eine Offenhaltung der Verkaufsstellen
darf stattfinden:

- allgemein im Handelsgewerbe:
a) an den letzten zwei Sonntagen vor Weib-
nachten,
b) am Kirchweihsonntag,
c) an weiteren drei Sonn- oder gesetzlichen Feier-
tagen im Jahre, die auf Antrag der einzelnen
Gemeinden vom Bezirksamt von Fall zu Fall
als Ausnahmetage bestimmt werden, jeweils
von 7 bis 9 Uhr vormittags und 11 bis 5 Uhr
nachmittags.
- In den nachstehend bezeichneten Bedürfnisgewer-
ben an allen Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme
des ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstages,
des Karfreitages in Gemeinden, in welchen die
evangelische Kirche, und des Fronleichnamstages
in den Gemeinden, in welchen die katholische Kirche
Pfarrrechte hat.

Die Zeit der Offenhaltung wird festgesetzt:
in Metzgereien, einschließlich Würstlereien, Wäde-
reien, Konditoreien und in Verkaufsläden, in
denen rohes Obst, einschließlich Süßfrüchte, ver-
kauft werden, auf 7 bis 9 Uhr, in Verkaufsläden,
in denen Milch verkauft wird, von 7 bis 13 Uhr,
und in Blumenläden von 11 bis 13 Uhr.
3. Im Freizeitgewerbe von 6 bis 9 Uhr vormittags.
4. Im Gewerbe der Photographen von 11 Uhr vor-
mittags bis 17 Uhr nachmittags.
5. In Verkaufsläden auf öffentlichen Straßen
und Plätzen für den Verkauf von Milch, Back-
waren, rohem Obst einschl. Süßfrüchten, Blu-
men, Sodawasser und Eimonaden von 11 Uhr vor-
mittags bis 17 Uhr nachmittags.
Soweit für Verkaufsläden bei der Erteilung
einer Erlaubnis gemäß § 33 RGew.O. besondere
Zeiten für die Offenhaltung festgesetzt sind, sind
diese maßgebend.
In den zugelassenen Geschäftstagen dürfen
nur die zu den obgenannten Betrieben gehörigen
Waren feilgeboten werden, während der Ver-
kauf von Waren, welche ihrer Natur nach nicht
zu den in Frage stehenden Geschäftsbetrieben ge-
hören, untersagt ist.

II.
Der Gewerbebetrieb im Umherziehen, soweit er un-
ter § 55 Abs. 1 Ziffer 1—3 der RGew.O. fällt, sowie
der Gewerbebetrieb der in § 42b der RGew.O. be-
zeichneten Personen ist an Sonn- und Feiertagen ver-
boten.

Das Feilhalten und der Verkauf von Wrezen, Obst
und Blumen auf öffentlichen Straßen und Plätzen,
sowie in Wirtschaften ist jedoch an den in Ziffer I 1
und 2 für den betreffenden Gewerbebetrieb freigegebenen
Tagen und Stunden gestattet, in dem gleichen Umfang
am Kirchweihsonntag der Verkauf von Genussmitteln
aller Art, insbesondere Zuckerwaren und Zigarren,
und von Kinderspielwaren.

III.
Auf Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, Musik-
aufführungen, Schaustellungen, theatralische Vor-
stellungen und sonstige Lustbarkeiten, sowie auf das
Verkehrsgewerbe finden die über die Sonntagsruhe
getroffenen Bestimmungen keine Anwendung. Die
Arbeiter in diesen Gewerben dürfen aber an Sonn-
und Feiertagen nur zu solchen Arbeiten verpflichtet
werden, welche nach der Natur des Gewerbebetriebs
einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten.

IV.
Diese Bestimmungen treten mit sofortiger Wirkung
in Kraft. Die bisher geltenden polizeilichen Vor-
schriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe
im früheren Landbezirk Karlsruhe vom 3. Februar
1920 und im früheren Amtsbezirk Durlach vom 17.
Februar 1920, abgeändert durch Bekanntmachung vom
21. November 1922, werden hiermit aufgehoben.

V.
Zu widerhandlungen können gemäß § 146 a der
RGew.O. mit Geldstrafe bis zu 10 000 RM, im Unver-
mögensfalle mit Haft bestraft werden.
Karlsruhe, den 6. Januar 1928. O.-B. 2.
Badisches Bezirksamt. — Art. IV.



Badisches Landestheater

Mittwoch, 11. Jan. 1928

5. Vorstellung
der Schillerermite

Macbeth

von Shakespeare

in Szene gesetzt von
Felix Baumbach

- | | | |
|--------------|----------------|----------------|
| Duncan | v. d. Trenck | Gemmede |
| Malcolm | Leitgeb | Kloble |
| Donalbain | Schmidt-Kehler | Ziegler |
| Macbeth | Hierl | Bertram |
| Banquo | Schulze | Möbel |
| Lady Macbeth | Ermarth | Graf |
| Fleance | Quaifer | Wutiges Kind |
| Macduff | Dahlen | Gekröntes Kind |
| Rosse | Dahlen | Silber |
| Lenox | Herz | |
| Angus | Prüter | |
| Lady Macduff | Kloble | |
| Deren Sohn | Wietens | |
| Siward | Dennig | |
| Dessen Sohn | Höder | |
| Krieger | Schellenberger | |
| Seaton | Graf | |
| Arzt | Ruhne | |
| Hörtner | Hierscher | |
| Diener | Müller | |
| Kammerfr. | Wegner | |
| Frauenbofser | | |

Möbel
Kloble
Ziegler
Bertram
Möbel
Graf
Wutiges Kind
Quaifer
Gekröntes Kind
Silber
Anfang 18 1/2 Ende 21 1/2
I. Rang und I. Sperre 5 RM.
Plätze vom 2. Rang auf-
wärts sind für den all-
gemeinen Verkauf
freigehalten
Do. 12. Jan.: Der Stillsitz,
Fr. 13. Jan.: Die Journalisten

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich ab 8 Uhr
Sonn- und feier-
tags 4 u. 8 Uhr

REVUE Wien und die Wiener